

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 41 (1962)
Heft: 9

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Innenpolitik

Wenn diese Chronik erscheint, wird die Bundesversammlung bereits einen neuen Bundesrat gewählt haben. Bundesrat Bourgknecht, der anfangs Mai dieses Jahres während einer Sitzung einen Gehirnschlag erlitt, hat sich nicht mehr erholt. Eine Hirnarteriosklerose verunmöglichte es sogar, daß er sein Rücktrittsgesuch selber schreiben und unterzeichnen konnte. Fürwahr ein tragisches Ende! Ob man nicht vielleicht mit der Zeit die Zahl der Bundesräte erhöhen oder ihnen wenigstens Stellvertreter begeben muß? Angesichts der Bundesräte, die krank ihren Posten aufgeben mußten (Lepori, Holenstein) oder die gar während ihrer Amtszeit verschieden (Escher, Feldmann), drängt sich diese Frage immer mehr auf. Denn der Trend, daß immer mehr Geschäfte durch den Bund zu erledigen sind, wird sich immer mehr verstärken.

An der diesjährigen Herbstsession wird die Atominitiative der Sozialdemokratischen Partei nicht diskutiert werden. Die vorberatende Kommission hat mit Stichentscheid des Präsidenten die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Ersuchen, er solle einen Gegenvorschlag ausarbeiten, der die Anschaffung von atomaren Waffen dem fakultativen Referendum unterstellen würde. Kann man diese Kommission für ihre Einsicht loben, so wird man der Kommission, die die Abänderungsanträge für das Arbeitsgesetz zu behandeln hatte, kaum nachsagen können, sie hätte sich überaus fortschrittlich gezeigt: Bis Ende 1966 soll in der Schweiz noch die 46-, ab 1967 die 45-Stunden-Woche gelten!

Während der dreiwöchigen Session werden die Parlamentarier auch über den schweizerischen Beitrag an die UNO zu befinden haben, der leider nicht überall Unterstützung findet. Was gehen uns Schweizer denn schon die internationalen Händel an? . . . Weitere wichtige Geschäfte sind das Kartellgesetz, das ganz sicher gegen Kartelle nichts ausrichten wird, haben doch an seiner Ausarbeitung vor allem Vertreter von Kartellen mitgewirkt, die neue Finanzordnung, die wohl bloß eine Fortsetzung der bisherigen Ordnung bringen wird, zusätzliche wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen auf dem Gebiet der Milchwirtschaft, da der gegenwärtig geltende Milchwirtschaftsbeschluß Ende Oktober seine Rechtskraft verliert. Wenn wir schon bei der Milch sind: Der Bundesrat hat beschlossen, die Milch nicht auf Kosten der Konsumenten

zu verteuern, sondern er will dafür die Bundeskasse in Anspruch nehmen. Es wird also einfach der Steuerzahler zum Handkuß kommen.

Die schweizerische Landwirtschaft leidet dieses Jahr unter der zu großen Trockenheit. Es fehlt an Futter für das Rindvieh. Dem Futtermangel können nur vermehrte Schlachtungen abhelfen. Wer aber annimmt, das vergrößerte Angebot an Schlachtvieh bringe die Fleischpreise zum Sinken, der verkennt völlig, daß im Gebiete der Landwirtschaft das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht oder — seien wir genauer — beinahe nicht spielt. Viele der Rinder treten, mit Bundesgeldern verbilligt, den Weg ins Ausland an. In der Schweiz gibt es auf der andern Seite viele Familien, die mehrere Tage in der Woche fleischlos leben müssen, weil die Fleischpreise ganz einfach zu hoch sind.

Der sture Zürcher Brauch, Künstler aus den Ostblockländern nicht bei uns auftreten zu lassen, hat auch in Bern Eingang gefunden: Dort wurde einer Tanztruppe aus Georgien das Auftreten untersagt. Dies begründete ein bekannter Berner Professor damit, daß unsere Bevölkerung annehmen könnte, im Osten sei es gar nicht so schlimm, wenn sie sähe, wie gute Künstler oder wie hervorragende Sportler der Osten hervorbringe. Falls das stimmt, dann scheint das geistige Niveau der Schweizer bedenklich tief zu sein. Andererseits kann man sich fragen, wohin diese Abkapselung noch führen wird. Wer sich abkapselt, der fühlt sich meistens unterlegen. Ob dies wohl eine gute Ausgangsbasis für den Wettkampf mit dem Kommunismus sein wird, in den hinein wir immer mehr gezwungen werden?

Außenpolitik

Jeden Tag melden die Zeitungen neue Aufstände, Revolutionen, Attentate und politische Wirren in aller Welt. Der Zeitungsleser ist deshalb allzu gerne bereit, die ganze Gegenwartsgeschichte als ein regelloses Chaos zu betrachten, das nicht zu entwirren ist. Auf den ersten Blick mag dies so scheinen, doch nichts wäre falscher als dies. Selbstverständlich läuft die Geschichte nicht wie ein Uhrwerk ab, und jedermann kann zu jeder Zeit sagen, wie spät es ist. Doch die großen Linien lassen sich herausschälen — und sie sind es, die wichtig sind.

Die Lage in Südamerika spitzt sich langsam zu. Die kleine, überaus reiche Oberschicht in allen Ländern Lateinamerikas hat Angst. Jahrzehntelang beuteten sie die arme, unwissende, in Schmutz und Elend aufwachsende Bevölkerung aus. Die — vorwiegend ausländischen — Industriebetriebe, die sich in Südamerika ansiedelten, waren auf die Mithilfe der Oberschicht angewiesen — eine Hand wusch (und wäscht jetzt noch) die andere. Es ging

nie darum, die Wirtschaft der betreffenden Länder organisch zu entwickeln, es ging darum, möglichst viel Gewinn aus diesen Ländern herauszuholen.

Man forcierte die Gewinnung der Produkte, die am meisten Profit versprachen: Öl in Venezuela, Zucker auf Kuba, Kaffee in Brasilien usw. Die Gewinne wurden nur zum kleinsten Teil in Südamerika selber investiert, andere Wirtschaftszweige wurden nicht aufgebaut. So kam es, daß diese Länder ungeheuer abhängig vom Weltmarkt wurden, da ihr Export hauptsächlich von einem Produkt abhängig ist. Sinkende Rohstoffpreise bedeuteten und bedeuten heute noch eine wirtschaftliche Katastrophe. Man hat ausgerechnet, daß die Wirtschafts- oder Entwicklungshilfe, die heute der Westen gibt, kleiner ist als die Verluste, die durch die jährlich sinkenden Rohstoffpreise entstehen. Das Elend der Bevölkerung wächst — und immer mehr eine von Moskau, China und den übrigen Ostblockländern geschickt genährte Hoffnung: der Kommunismus. Je mehr sich diese linken Elemente verstärken, desto stärker wird der Druck der Oberschicht, das heißt der Landbesitzer, der Unternehmer, der Militärs und der Kirche. Militärdiktaturen sind in Südamerika mehr oder weniger offen an der Tagesordnung. Und jede Militärdiktatur trägt in sich den Keim zur Revolution. Als Castro auf Kuba die Macht ergriff, stand er vor riesigen Schwierigkeiten. Alle waren davon überzeugt, daß sein Experiment scheitern würde. Die kläglich gescheiterte Invasion der Exilkubaner stärkte sein Prestige nicht nur im Lande selber, sondern in ganz Südamerika. Unter großen Schwierigkeiten ging es doch langsam aufwärts. Die Wirtschaftsblockade Kubas durch die USA zwang Castro direkt in die Arme Moskaus — und heute ist Kuba so stark, daß man selbst in Amerika einzusehen beginnt, daß das kubanische Regime ohne Anstoß von außen nicht mehr zusammenfallen kann. Das wäre nicht so schlimm, wenn nicht das Beispiel Kubas auch auf andere Länder großen Einfluß ausübte. Was soll Amerika machen? Rechtsextreme Kreise forderten anfangs September eine Invasion durch die Amerikaner. Moskau gab bekannt, ein Angriff auf Kuba bedeute den Anfang des dritten Weltkrieges. Präsident Kennedy versuchte die erregten Gemüter zu beruhigen. Er weiß, daß ein Angriff auf Kuba politisch äußerst ungeschickt wäre, er weiß aber auch, daß seine «Allianz für den Fortschritt» bis jetzt noch keine nennenswerten Ergebnisse gezeitigt hat. Zu einer Lösung käme es erst dann, wenn er gegen die Militärdiktaturen, gegen die wirtschaftlichen Monopole und für die unterdrückte Bevölkerung Stellung beziehen würde. Doch das erlaubt die innenpolitische Lage in Amerika selber nicht. So scheint es, daß der verschärfte Trend nach rechts in den lateinamerikanischen Staaten unvermeidlich ist, bis er von Revolutionen gestoppt wird. Dann wird Amerika vor seiner schwersten Frage stehen: Soll es eingreifen oder nicht? Gegenwärtig sieht es so aus, als ob Amerika dann eingreifen würde!

Während sich Algerien — zur großen Freude derjenigen, die immer gegen Unabhängigkeitskriege waren — nur langsam unter Führung Ben Bellas aus dem Chaos herausarbeiten und noch lange nicht die Früchte seines Freiheitskampfes ernten kann, zeichnet sich am Horizont die unvermeidliche Niederlage Portugals in Angola ab. Tausende von Toten, Millionen von Franken werden nicht verhindern können, daß sich die angolesische Freiheitsbewegung durchsetzen wird. Je schneller Portugal dies einsieht, desto besser für die Portugiesen, die auch im Mutterland selber von politischer Freiheit nichts verspüren.

Wendig, wie er immer war, hat Franco erkannt, daß er einen — nach außen — liberaleren Kurs steuern muß, wenn er in die EWG aufgenommen werden will. Sein Beitritt ist aber noch fern, beinahe so fern wie derjenige Großbritanniens, das aus Rücksichten zum Commonwealth jetzt in einer schwierigen Lage ist. Adenauer tut sein möglichstes, um mit bald wieder dementierten oder anders ausgelegten Interviews die Engländer zu schockieren, während er mit den Franzosen, das heißt vor allem mit de Gaulle, große Verbrüderungsfeiern zelebriert. Jeder der beiden alten Herren hat dabei seine Hintergedanken, de Gaulle — der am 22. August äußerst knapp einem Attentat entging — will bei der Restaurierung von Frankreich als Großmacht die überaus willkommene Hilfe Deutschlands, während die Deutschen immer mehr fürchten, von den Amerikanern im Stiche gelassen zu werden und deshalb eine Achse Bonn—Paris gar nicht ungern sähen. Dies wird selbstverständlich ständig dementiert. Je länger desto mehr zeigt es sich aber, daß Westdeutschland mit seiner illusionären Politik gescheitert ist. In Berlin gehen die täglichen Reibereien weiter, Moskau kündigt immer wieder einen Friedensvertrag an, wenn der Westen nicht endlich die Folgen des Zweiten Weltkrieges in Deutschland beseitigen wolle. Der Tag rückt näher, da Westdeutschland die Zeche für den begonnenen und verlorenen Krieg bezahlen muß, die die Ostdeutschen schon seit Jahren berappen. Je länger sich Bonn weigert, irgendwelche Schritte zu unternehmen, desto größer wird die Rechnung sein.

Rußland erlebte Mitte August einen großen Triumph: zwei russische Weltraumflieger — Nikolajew und Popowitsch — umkreisten tagelang die Erde und landeten dann sicher. Ende September wollen die Amerikaner wieder einen Mann in den Weltraum schicken, der unsere Erde sechsmal umkreisen soll.

In der Vereinigten Arabischen Republik kriselt es. Nassers Traum von einem panarabischen Raum ist ausgeträumt. Seine Form eines «arabischen Sozialismus» führte ihn in einen immer größeren Gegensatz zu den reaktionären Königreichen von Jordanien und Saudiarabien. Er trat — wenn auch nicht endgültig — aus der Arabischen Liga aus.

Von einem heldenhaften Freiheitskampf hat man bis jetzt praktisch überhaupt noch nichts gehört: vom Freiheitskampf der Kurden, einem Volk, das in den Gebirgen von Irak, Iran, Türkei und Rußland zerstreut lebt. Seit über einem Jahr kämpfen sie um ihre Freiheit, im Irak haben sie praktisch den Sieg in ihrem Berggebiet errungen. Kassem gelingt es nicht, sie zu zerschmettern. Sein Thron wackelt bedenklich. Wen die Großmächte hier unterstützen werden, steht im Augenblick noch nicht fest. Es geht ja nicht um die Freiheit der Kurden, sondern um Machtpolitik . . .

Jedermann im Westen weiß, welche Frisuren und Roben Kaiserin Farah Diba zu tragen pflegt, als aber anfangs September ein riesiges Erdbeben ein großes Gebiet in Persien zerstörte, da erfuhr man nicht, wie viele Todesopfer diese Naturkatastrophe gekostet hatte: 10 000, 20 000 oder gar 30 000? Es gibt auf Persiens Karten noch weiße Flecken. Nicht einmal die Regierung weiß, ob es dort Dörfer gibt. Doch davon berichten unsere Illustrierten nur im Falle großer Katastrophen . . .

Literatur

«*Jacques Schmid* — Ein Leben im Dienste des Volkes»

Gedenkschrift, herausgegeben von der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn. 125 Seiten, 7 Illustrationen, Preis Fr. 4.80. Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder durch das SP-Sekretariat, Mühlegasse 10, Olten.

Jacques Schmid, Solothurn (1882—1960), gehörte von 1917 bis 1955 dem Nationalrat an (Präsident 1949/50), und in den Jahren 1932 bis 1949 war er Solothurner Regierungsrat. Vorher redigierte er während zwanzig Jahren als Redaktor das Solothurner «Volk».

Das bewegte politische Leben von Jacques Schmid spiegelt weitgehend die geistige Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz des letzten Halbjahrhunderts wider. Historische Originaldokumente wie die Verteidigungsrede von Jacques Schmid vor Kriegsgericht (1907), ein Referat über den Generalstreik 1918, eine Stellungnahme zum Kommunismus sowie Auszüge aus Reden, Werken und einige Gedichte des Verstorbenen geben ein plastisches Bild der dramatischen politischen Kämpfe der letzten fünfzig Jahre. In der Gedenkschrift sind Würdigungen des Werkes von Jacques Schmid durch Robert Grimm, Ernst Nobs, Gottfried Klaus, Adolf Furrer, Rudolf Kämpfer, Walter Kräuchi sowie Pressestimmen enthalten.